

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie  
= Swiss journal of sociology  
**Band:** 27 (2001)  
**Heft:** 2

**Buchbesprechung:** Buchbesprechungen = Recensions critiques = Book reviews

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Buchbesprechungen / Recensions critiques / Book Reviews

*Die Auswahl der Bücher zur Rezension behalten sich die Redaktion und die beiden für diese Rubrik Verantwortlichen vor. Unverlangt eingesandte Buchbesprechungen werden nicht veröffentlicht.*

*Le choix des livres qui font l'objet d'une recension critique est effectué par la rédaction et par les deux responsables de cette rubrique. Les recensions non sollicitées ne sont pas publiées.*

*Books to be reviewed are selected by the Editor and the two Book Review Editors. Unsolicited reviews are not published.*

Christian Suter (Hrsg.), *Sozialbericht 2000*, Reihe «Gesellschaft Schweiz», Seismo-Verlag, Zürich 2000, 360 Seiten, ISBN 3-908239-77-X, sFR 45.– / DM 59.80

Was der allgemeine Leser in die Hand bekommt, ist ein Band von 319 Seiten, der im Klappentext präzise charakterisiert wird: «Der Sozialbericht 2000 beschreibt und erklärt die gegenwärtigen Lebensbedingungen und Lebensformen der schweizerischen Bevölkerung sowie die wichtigsten Veränderungen in den letzten 30 bis 50 Jahren. Der Bericht behandelt Grundfragen und Entwicklungstendenzen in fünf Themenbereichen: Güterverteilung – kulturelle Vielfalt – soziale Integration – politische Gestaltung – ökologische Integration.»

In einem kurzen Vorwort wird der Band als eines von rund 100 Forschungsprojekten des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» ausgewiesen, mit dem die wichtigsten Erkenntnisse der Schweizer Sozialwissenschaftlichen Forschung der interessierten Öffentlichkeit nahegebracht werden sollen. In einer ebenfalls kurzen Einführung (9–17) erklärt der Herausgeber, der Züricher Soziologieprofessor Christian Suter, den Aufbau und den Hintergrund des Bandes. Das Bundesamt für Statistik hatte 1994 eine Expertise veröffentlicht, mit der auf den internationalen Rückstand der Schweiz in der Sozialberichterstattung hingewiesen wurde (Habich et. al. 1994), obwohl es den einen oder anderen frühen Beitrag gegeben hat (so den Almanach der Schweiz, vgl. Hoffmann-

Nowotny, 1978) und obwohl die Schweiz in zahlreichen internationalen sozialstatistischen Aktivitäten regelmässig vertreten ist.

Der vorliegende Band will nun in den fünf obengenannten Themenbereichen mit einer doppelten Perspektive die wichtigsten Probleme und Wandlungsprozesse der Schweiz aufzeigen:

- durch eine beschreibende Sicht, in der in jedem der Bereiche mit 15 Indikatoren (möglichst auf Zeitreihenbasis) Grundinformationen gegeben werden, und
- durch eine problembezogene, interpretierende und erklärende Sicht, wobei in jedem der Bereiche ein ausgewiesener Experte eine zusammenfassende Deutung vorlegt.

Dabei wird darauf geachtet, dass objektive und subjektive Indikatoren gleichermaßen in die Betrachtung eingehen; dass eine Vielzahl von Lebensbereichen abgedeckt wird; dass über die Entwicklungen in längeren Zeiträumen (möglichst 30 Jahre oder mehr) berichtet wird; dass die Daten für die Gesamtbevölkerung repräsentativ sind, aber dann nach Regionen, Bevölkerungsgruppen usw. aufgliedert werden können; und dass die wichtigsten staatlichen Massnahmen beobachtet und auch bewertet werden.

Das Buch ist insgesamt sehr sorgfältig komponiert. Der Indikatorenteil der fünf Kapitel ist dahingehend standardisiert, dass auf jeweils einer Doppelseite die notwendigen Erläuterungen mit Quellenangaben und gegenüber die graphischen Zeitreihen bzw. Aufgliederungen in einer einheitlichen Farb-

gebung (blau in verschiedenen Abstufungen) präsentiert werden. Die fünf interpretierenden Essays umfassen jeweils handliche 20–25 Seiten, und ein Schlusskapitel des Herausgebers rundet den Band ab.

## II

Die Fülle der präsentierten Informationen und Interpretationen kann hier natürlich nicht wiedergegeben werden. Statt dessen will ich einen summarischen Überblick mit einigen Beispielen geben. Das Kapitel «Güterverteilung» bietet Indikatoren zum Bildungsstand, zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, zu Einkommen und Einkommensungleichheit: entweder als Zeitreihen oder nach Sozialmerkmalen. Besonders gelungen sind u. a. die Graphiken zur Erwerbsbeteiligung nach Geschlecht, Alter, Nationalität und Vollzeit/Teilzeit; zu Arbeitswerten; und zu Einkommensungleichheiten und -komponenten. Der kommentierende Essay von Yves Flückinger befasst sich mit «Folgen des aktuellen Wandels der Arbeit», unter den Gesichtspunkten des Anstiegs von Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit und Flexibilisierung der Beschäftigung.

Das Kapitel «Kulturelle Vielfalt» packt die unterschiedlichsten Indikatoren zusammen: Ausländer, Einbürgerungen, Sprachen, Konfessionen, Freizeitaktivitäten. Eindrucksvoll sind die Graphiken und Kommentare zu den (geringen) Einbürgerungszahlen und zu den Beurteilungen und Chancenungleichheiten von Ausländern. Der kommentierende Essay von Dieter Karrer «Kulturelle Vielfalt und soziale Unterschiede» betont die Zunahme von Mischkulturen und die Persistenz von sozialer Abgrenzung.

Auch das Kapitel «Soziale Integration» streut sehr stark: von demographischen Daten über Renten, Sozialleistungen, Armut zu Kriminalität und Kriminalitätsbelastung. Dazwischen findet sich die ungewöhnlichste Indikatorengraphik des gesamten Bandes: «Beziehungserwartungen», gewonnen aus Heiratsanzeigen von 1900–1996 (!). Der Kommentator Manuel Eisner

geht auf diese Studie näher ein, gibt dazu aber insgesamt einen breiten Überblick zum Thema «Sozialer Wandel und neue Integrationsprobleme seit den Siebzigerjahren».

Das Kapitel «Politische Gestaltungen» konzentriert sich auf die Standardindikatoren der empirischen Politikwissenschaft: Werthaltungen, politische Probleme, Vertrauen in Institutionen, Parteisympathien. Für den Nichtschweizer sind naheliegenderweise die Indikatoren zu Volksinitiativen, Abstimmungserfolgen und regionalen Abstimmungsunterschieden besonders interessant. Der Kommentator Andreas Ladner, «Politikbeteiligung und Reform der politischen Institutionen», betont den politischen Veränderungsdruck der 1990er Jahre, der sich am Ansehensverlust traditioneller Autoritäten und am Durchsetzungsverlust etablierter Interessenverbände ablesen lässt.

Das Kapitel «Ökologische Integration» ist vermutlich das innovativste im Vergleich zur internationalen Sozialberichterstattung. Zwar finden sich zahlreiche Indikatoren – von Umweltbelastung und Umweltbeurteilung bis zu Verkehr, Beurteilung Strassenbau, Beurteilung Atomkraftwerke – auch in anderen Sozialberichten; aber m. W. wird nirgends sonst diesem Thema ein Fünftel der Seitenzahl eingeräumt. Der Kommentator, Peter Knoepfel, kommt übrigens zu einem recht positiven Resümee: «Stabilisierung der ökologischen Integration auf hohem Niveau».

Das Schlusswort des Herausgebers Christian Suter, «Die schweizerische Gesellschaft im Umbruch: Synthese» (293–309), betont – wahrscheinlich für Schweizer Leser überraschender als für andere – die massiven Veränderungen der letzten dreissig Jahre. Aber in kluger Abgewogenheit unterstreicht er auch die hohe Stabilität und Kontinuität, und vor allem betont er die «langsamen, im täglichen Leben kaum erkennbaren Veränderungen, die erst mit einem Zeitabstand von Jahren und Jahrzehnten sichtbar werden» (293). Es gibt einen starken – und von der Sozialberichterstattung durchaus formulierbaren – «Handlungs- und Gestaltungsauftrag für Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft». Gefordert ist ein neuer Gesellschaftsvertrag.

### III

Es handelt sich insgesamt um ein hochinteressantes Buch über die Schweiz an der Jahrhundertwende. Der allgemeine Leser, der von Sozialberichterstattung und Sozialindikatoren ja nichts wissen muss, könnte sogar zum Lesenlernen von Graphiken und Tabellen animiert werden. Der spezialisierte Leser bedauert aber, dass die Einbettung dieses Bandes in die internationale theoretische Diskussion und die Einbettung der Schweizer Verhältnisse in den internationalen Vergleich nicht wenigstens kurz aufgegriffen worden sind. Für Insider ist der Report des Herausgebers (Suter, Christian, M. Nicklowitz, 2000), «Social Reporting Activities in Switzerland: The Hidden Roots and the Present State of the Art» zwar bekannt, aber zwei, drei Seiten mehr darüber hätte man sich auch im vorliegenden Buch gewünscht.

Wichtiger noch ist der theoretische Hintergrund und Anspruch dieses Schweizer Sozialberichts, der in der Fachöffentlichkeit mit Recht angeregt diskutiert wird. Im Rahmen des Schwerpunktprogramms Zukunft Schweiz haben François Höpflinger und Kurt Wyss (1997) ein Gutachten vorgelegt, das den Sozialbericht 2000 – auftragsgemäss – massgeblich beeinflusst hat: «Konzeption einer periodischen Sozialberichterstattung aus sozialwissenschaftlicher Sicht». Massgeblich in diesem Gutachten sind zwei Gesichtspunkte: erstens die Evaluation von fünf bedeutsamen und über viele Jahre erprobten Vorbildstudien; zweitens das Konzept einer genuin sozialwissenschaftlichen Perspektive eines Schweizer Sozialberichts, die bei den Vorbildern als unterentwickelt bezeichnet wird. Dies sind die professionellen Ansprüche, an denen sich der Sozialbericht 2000 auch messen lassen muss, obwohl natürlich das Urteil des allgemeinen Lesers genauso wichtig ist.

Höpflinger/Wyss beschreiben kompetent die etablierten Sozialberichte aus Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden,

Schweden und Deutschland. An den geschätzten Vorbildern kritisieren sie im französischen Fall der *Données Sociales* das Fehlen von übergeordneten inhaltlichen Fragestellungen bei aller Stärke der vielfältigen Einzelanalyse. Bei den britischen *Social Trends* heben sie die jährliche Fortschreibung einer Vielzahl von Indikatoren hervor, vermissen aber in diesem «kommentierten Tabellenband» erklärende Analysen. Am niederländischen *Social and Cultural Report* werden gute Einzelanalysen gewürdigt, aber die zu grosse Nähe zur Regierungsberichterstattung wird kritisiert. An den schwedischen Berichten *Inequality in Sweden* wird die Konzentration auf objektive Indikatoren gelobt, der Verzicht auf Kritik jedoch getadelt. Umgekehrt wird am deutschen Datenreport bei Anerkennung vielfältiger Informationen die Verlässlichkeit der subjektiven Indikatoren in Zweifel gezogen.

Zum Thema «Sozialwissenschaftliche orientierte Sozialberichterstattung» machen die Autoren einen neuen Versuch, eine gesellschaftstheoretische Grundlage für ein Indikatoren- und Berichtssystem zu schaffen. Der Leser im Jahre 2001 wird erstaunt sein, dass diese das AGIL-Schemata von Talcott Parsons aus den 1950er Jahren sein könnte, dem allerdings ohne Bedenken ein fünfter Schwerpunkt, ökologische Integration, hinzugefügt wird.

Gemessen an diesen Vergleichen und Ansprüchen halte ich den Sozialreport 2000 der Schweiz für sehr gelungen, aber nicht für extraordinär. Besonders erfolgreich war m. E. die strikte Komposition (die von Höpflinger/Wyss vorgeschlagen war). Die Indikatoren und Interpretationen sind zum Teil innovativ, überwiegend aber innerhalb der Standards der internationalen Sozialberichterstattung. Die Graphiken und Erklärungen sind gut verständlich und anregend. Die fünf kommentierenden Essays sind deutlich unterschiedlich. Sie beziehen sich zwar auf die Indikatoren, aber sie könnten weitgehend auch ohne diese als Beiträge zur soziologischen Analyse der Schweiz veröffentlicht werden. Die gemeinsame sozialtheoretische Grundlage einer neuen

Qualität von Sozialberichterstattung können sie nicht sein. Die komprimierende Gliederung in die genannten fünf Themenkomplexe ist ein interessanter Vorschlag, aber er wird mit anderen Gliederungsvorschlägen konkurrieren müssen.

Besonders zu loben ist die Gelassenheit des Herausgebers, allen diesen divergenten Ansprüchen gerecht zu werden. Das Werk ist gut vollbracht; technische Verbesserungen sind immer wünschbar, hier z. B. ein Sachregister. Aber nun stellen sich u. a. die Fragen, wie man diesen Sozialbericht auf Dauer stellen und in den internationalen Vergleich einbeziehen kann.

Auf einer weit verbreiteten Landkarte der Europäischen Union, die von Nordschweden bis Süditalien und Portugal reicht, ist die Schweiz in der Mitte ein weisser Fleck. In der Sozialberichterstattung ist sie das nach dieser Publikation nicht mehr.

## Literaturverzeichnis

- Almanach der Schweiz (1978), *Daten und Kommentare zur Bevölkerung, Gesellschaft und Politik*, Hrsg., Soziologisches Institut der Universität Zürich, Gesamtleitung Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Bern.
- Habich, Roland; Heinz-Herbert Noll (1994), *Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand*, Bundesamt für Statistik, Bern.
- Höpflinger, François; Kurt Wyss (1997), *Konzeption einer periodischen Sozialberichterstattung aus sozialwissenschaftlicher Sicht, Working Paper 3*, Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz, Zürich.
- Suter, Christan; Matthias Nicklowitz (2000), *Social Reporting Activities in Switzerland. The Hidden Roots and the Present State of the Art. EuReporting Working Paper No. 6*. Department of Sociology, ETH Zürich.

Prof. Dr. Wolfgang Zapf  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung  
Reichpietschufer 50  
D—10785 Berlin  
zapf@medea.wz-berlin.de

Elisabeth Bühler, *Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz*, Seismo, Zürich 2001, 136 Seiten  
ISBN 3-908239-79-6, Fr. 38.–/ DM 48.–

Der Schweizer Autor Urs Widmer hat sich einmal die Mühe gemacht, das Statistische Jahrbuch der Schweiz zu rezensieren. In acht amüsant zu lesenden Folgen (Tages Anzeiger, 22.7.–20.9.2000) stellte er die Hauptkapitel des Zahlenwälzers in handfeste Zusammenhänge. Zum Thema Erwerbsleben lautete seine prägnante Zusammenfassung: «Wir arbeiten wie die Ochsen, verdienen im Schnitt 4'988 Franken pro Monat und sind glücklich, sofern wir am Lac Léman, um Leuk oder in Thun leben.» So oder ähnlich liessen sich auch Kapitel aus dem Frauen- und Gleichstellungsatlas von Elisabeth Bühler zusammenfassen. Umgekehrt verbergen sich bei einem Zahlenkompendium oft die grössten Themen hinter den Auslassungen. Wenn die Hauptinformationen eines Werkes zudem in kartographischen Darstellungen stecken, ist die Auswahl des präsentierten Kartenmaterials das entscheidende Kriterium für die Qualität des Werkes.

Bühlers Atlas steht in der Tradition eines sozialräumlichen Ansatzes, wie er am geographischen Institut der Universität Zürich seit längerer Zeit gepflegt wird. Es handelt sich beim Frauenatlas um eine Weiter- und Engführung des 1985 erschienenen Strukturatlas der Schweiz, der von denselben regionalen Einheiten ausgeht, aber eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung aufweist.

Nach einem Einleitungskapitel, in dem Zielsetzung, Aufbau und Grenzen eines Atlases sowie die räumlichen Gliederungen erörtert werden und Hinweise zur Karteninterpretation gegeben werden, wird die Thematik «Frauen und Gleichstellung» in sechs Kapiteln ausgebreitet. Bühler stellt die aus einer Gleichstellungsperspektive ihrer Ansicht nach zentralen Bereiche in fünf Hauptkapiteln dar: Familien- und Haushaltsformen (Kapitel 2), Erwerbsarbeit und Beruf (Kapitel 3), unbezahlte Arbeit (Kapitel 4), Bildung (Kapitel 6) und Politik (Ka-

pitel 7). Nicht dazu rechnet sie das Kapitel 6: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über welche in der Schweiz kontrovers diskutiert wird. Das abschliessende Kapitel (8) versucht eine Synthese aus den vorgängigen Kapiteln zu ziehen, indem das Ausmass der Gleichstellung der Frauen (Gleichstellungsindex) nach Region gemessen wird.

Jedes Kapitel enthält einen thematischen Überblick im Umfang von einer Seite. Danach folgen die einzelnen Bereiche innerhalb des Kapitels. Auf einer Doppelseite wird jeweils links der Text präsentiert, zum Teil ergänzt durch Histogramme oder Tabellen, welche das Material nach weiteren geographischen Merkmalen (Kantonen, Gemeindetypen und Sprachregionen) aufschlüsseln. Auf der rechten Seite wird in der Regel eine Schweizerkarte präsentiert, in der die Anteile des betreffenden Merkmals nach MS-Regionen (MS = *mobilité spatiale*) dargestellt sind. Wo nötig werden zusätzliche Karten eingefügt. Diese Darstellungsweise wird insgesamt relativ offen gehandhabt, um das Material adäquat zur Darstellung zu bringen, resp. weicht vom Muster ab, wenn entsprechende Feinabstufungen aufgrund der Datenquelle nicht möglich sind (z. B. im Kapitel zur unbezahlten Arbeit). Jedes Kapitel schliesst mit Bemerkungen zu den Daten und – manchmal etwas allzu kargen – Literaturhinweisen ab.

Den einzelnen Kapiteln wird unterschiedlich viel Raum gewidmet. Das Kapitel zur unbezahlten Arbeit umfasst ganze vier Seiten und kann kaum als zentral gelten, zumal daraus auch kein Indikator für den Gleichstellungsindex gewonnen wird. Auf der anderen Seite ist das Kapitel zur Vereinbarkeit nicht nur sehr ausführlich, es basiert als einziges auch direkt auf Forschungsarbeiten anderer, indem eine Gliederung von Familienmodellen übernommen wird, und es überschneidet sich zudem mit dem Kapitel zur unbezahlten Arbeit. Denn die Stundenzahl der geleisteten Familienarbeit korrespondiert mit dem gewählten Familienmodell.

Ebenfalls nicht in den Gleichstellungsindex einbezogen werden Indikatoren aus dem Kapitel zu den Familien- und Haushaltsformen, das eher als Einleitung in die Thematik dient, als dass es viel zur Frauen- und Gleichstellungsperspektive beizutragen vermag. Viele der hier vorgestellten Bereiche eignen sich zudem nicht zur Darstellung von regionalen Unterschieden, sondern verweisen eher auf kulturelle Differenzen. Einzig die Stadt-Land-Dimension ist erklärungskräftig, während alle anderen geographischen Merkmale nur am Rande von Interesse für die zweifellos vorhandenen Unterschiede sind. Eine Unterteilung nach der Grösse der Haushalte, resp. der Anzahl Kinder pro Haushalt hätte allerdings grössere regionale Unterschiede zutage gefördert, leider fehlt eine solche Karte.

Fast gänzlich mangelt es an Darstellungen zu sozialstaatlichen Regelungen, welche sich in der Regel ungleich auf die Geschlechter auswirken. Hier wären insbesondere die geschlechtsspezifischen Anteile an hohen, resp. geringeren Altersrenten, Bezügerinnenanteil von Ergänzungsleistungen oder die regionalspezifische Armut von Familien und Frauen interessant. Leider sind solche Zahlen kaum je nach MS-Region untergliedert, aber der Versuch regionaler Abbildungen lohnte sich.

Ein Vergleich drängt sich mit dem 1997 in 2. Auflage auf Deutsch neu erschienenen internationalen Frauenatlas von Joni Seager (1. Auflage, engl. 1986) auf, welche sich um kartographische Annäherungen an sozialstaatliche Regelungen (im weltweiten Vergleich!) bemühte (siehe Kapitel zu Besitz, Armut und Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen). Wie der kanadischen Autorin geht es Bühler um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Frauenwelt. Über die Beschreibung der Frauenrealitäten in den verschiedenen Bereichen hinaus wollen beide die Gleichstellung der Geschlechter in vergleichender Weise darstellen. Der Atlas soll das Bewusstsein für Geschlechterungleichheiten schärfen und soll Anstösse für weitergehende Arbeiten auf

dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung liefern (S. 9). Obschon beide nicht nur auf die Bedeutung, sondern auch auf die Grenzen der kartographischen Darstellung hinweisen, werden solche Grenzen nicht durchgehend respektiert. Zum Beispiel interpretiert Bühler das grosse Bildungsgefälle zwischen Männern und Frauen in den reichen Gemeinden als «ausgeprägte bildungsmässige Privilegierung der in den reichen Gemeinden wohnhaften Männer» (S. 111). Das festgestellte Bildungsgefälle – auf hohem Bildungsniveau – lässt sich jedoch hauptsächlich auf das Heiratsverhalten gut ausgebildeter Männer der älteren Generationen zurückführen, die in der Regel eine Partnerin mit etwas leichterem Schulrucksack bevorzugen und es sich im Verlauf ihrer Karriere leisten können, in einer reichen Gemeinde Wohnsitz zu nehmen. Die rein kartographische Methode führt dann zu möglichen Fehlschlüssen, wenn weitere Faktoren, die hinter den regionalen Unterschieden stehen, ausgeklammert werden.

Die *Informationsdichte* in und um die Karten herum ist mehrheitlich gut gewählt. Der Grossteil der Karten basiert auf der Einheit der MS-Regionen. An sich ist diese Einheit sehr sinnvoll, weil sich diese Regionen durch eine «gewisse räumliche Homogenität auszeichnen und vor allem in ländlichen Gebieten Kleinarbeitsmarktregionen mit funktionaler Ausrichtung auf ein Zentrum» (S. 10) darstellen. Gleichwohl wird die Schweiz mit 106 MS-Regionen in genügend kleine Gebiete geteilt, um kleinräumliche Unterschiede zu erfassen. Negativ fällt ins Gewicht, dass diese Regionen für die meisten Leserinnen und Leser kaum ein sinnhaftes Kategorienraster (wie zum Beispiel die Kantone, evtl. die Gemeinden) abgeben, sondern hauptsächlich analytischen Wert besitzen. Besonders Regionen, die einem selber fremd sind, können eher schlecht erfasst werden. Eine Lesehilfe (zum Beispiel eine Klarsichtfolie mit allen Grenzen und Bezeichnungen) wäre von grossem Vorteil für die meisten Leserinnen und Leser, zumal für die

einzigste Übersichtsdarstellung im Atlas (S. 13) ein anderer Massstab gewählt worden ist als für alle thematischen Karten.

Auch die *Auswahl der Indikatoren* ist im grossen und ganzen aussagekräftig. Zum Beispiel geben die Grafiken zu den Pendlern und Pendlerinnen höchst interessante Aufschlüsse. Aus ihnen geht u. a. hervor, dass erwerbstätige Frauen und Männer zwar ähnlich mobil sind, aber dass es grosse Unterschiede bei der Wahl des Verkehrsmittels gibt. Während Männer zu über zwei Dritteln das Auto benützen, sind es bei den Frauen landesweit nur etwa die Hälfte (53%). Es gibt nur 5 (bevölkerungsarme) Regionen, in denen das Geschlechterverhältnis bei motorisierten Pendlern ausgeglichen ist. In allen anderen Regionen benützen Frauen das Auto oder Motorrad deutlich weniger, statt dessen bevorzugen sie den Zug oder ein anderes öffentliches Verkehrsmittel. Neben der Auswahl der *Indikatoren* sollte auch der *Detaillierungsgrad* überzeugen. Zum Beispiel wählt Bühler einen sehr interessanten Zugang im Kapitel zur Vereinbarkeit und Familie, in dem sie von einer bekannten Studie aus Deutschland (Birgit Pfau-Effinger) ausgeht, in der fünf geschlechterkulturelle Familienmodelle auseinander gehalten werden. Vier davon wendet sie für die Schweiz an und zeigt deren Verbreitung. Es lassen sich deutlich regionale Differenzierungen bei der Darstellung jedes einzelnen Modells erkennen. Der Stadt-Land-Gegensatz zeigt sich besonders beim «traditionell bürgerlichen» Familienmodell und beim «egalitär-familienbezogenen» Modell, während das «modernisierte bürgerliche» Familienmodell die Schweiz in Norden und Süden teilt. Verfolgt man die Veränderungen über die Zeit, kann zwar ein Aufschwung sowohl der weiblichen Teilzeitarbeit und des «egalitär-familienbezogenen» Modells festgestellt werden zu Lasten des traditionellen Familienmodells. Dennoch bleibt auch 1990 das bürgerliche Familienmodell weiterhin dominant. (Einzig in Genf ist es zur Minderheit geworden, soweit die Grafik diese Interpretation zulässt.)

Alle diese Darstellungen beziehen sich auf Haushalte mit Kindern unter 7 Jahren. Interessant wäre neben der breiten Erörterung der Erwerbstätigkeit der alleinerziehenden Mütter aber die Verteilung der Modelle für die über 45-jährigen gewesen, deren Kinder in der Regel den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben oder aber erwachsen sind. Dort zeigte sich, wie stark die einzelnen Modelle fortleben, auch wenn die dazugehörige Basis (zu betreuende Kinder) fehlt.

Zwischen den einzelnen Bereichen liessen sich interessante *Querbezüge* herstellen. Vergleicht man zum Beispiel die Entwicklung der Beschäftigungsquoten mit den Arbeitslosenquoten, zeigt sich eine relativ grosse Übereinstimmung zwischen den Karten. Diese zwischen einzelnen Karten doch eher mühsam zusammengeführte Information liesse sich massiv erweitern, wenn zusätzlich die Tabellenwerte für jede MS-Karte greifbar wären. Interessante Fragen wie zum Beispiel die, ob ein Zusammenhang zwischen der Verbreitung der Ehe und dem Abstimmungsverhalten bei der Abstimmung über das neue Eherecht besteht, könnten so beantwortet werden.

Gegenüber dem Strukturatlas der Schweiz bemüht sich Bühler viel stärker um die Darstellung der *zeitlichen Dynamik*. Allerdings sind die Zeitpunkte nicht immer ideal gewählt. So wirken in der Karte über das Beschäftigungsvolumen der Frauen 1985–1995 (S. 51) zwei gegenläufige Prozesse – nämlich die Konjunkturphase und die Entwicklung zur erhöhten Frauenerwerbsbeteiligung –, so dass die Karte kaum zu interpretieren ist. Nur dieser gegenläufige Prozess erklärt, weshalb das Beschäftigungsvolumen der Frauen z. B. in der Stadt Zürich abgenommen hat.

Zum zweiten sind Darstellungen, welche für verschiedene Zeitpunkte den Anteil Verheirateter, oder Singles einer bestimmten Altersgruppe (20–39 Jahre) angeben, nicht überaus aussagekräftig (vgl. z. B. S. 19 ff.), da Familiengründungen in den Achtziger- und frühen Neunzigerjahren nicht nur abnehmen, sondern auch später

im Lebenslauf stattfindet. Solche Darstellungen führen mitunter sogar zu problematischen Interpretationen. So kann bezweifelt werden, ob der Bedeutungsrückgang der Lebensform Ehe bei der städtischen Bevölkerung viel ausgeprägter ist als bei der Bevölkerung auf dem Land.

Gelegentlich gibt es auch Darstellungen, für die besser statt einer räumlichen Unterteilung (Beispiel Organisations- und Ausbildungskompetenzen 1990, S. 55), welche keine grossen räumliche Unterschiede zeitigt, zusätzlich eine zeitliche Unterteilung für jede Generation gewählt würde. Die Organisations- und Ausbildungskompetenzen sind zwar über alle erwerbstätigen Frauen gesehen bedeutend geringer als bei Männern. Die Unterscheidung nach Lebensalter würde jedoch eine nicht unerhebliche Annäherung der Frauen zeigen und wäre daher für den Gleichstellungsindex relevanter.

Überhaupt oszilliert das Buch zwischen dem Pol der Frauendiskriminierung und regionalen Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Lebensbedingungen, die nicht primär auf Geschlechterunterschiede zurückzuführen sind, sondern in komplexem Wechselverhältnis zueinander stehen. Entsprechend sind teilweise Vergleiche zwischen Männern und Frauen unergiebig.

Kulminationspunkt der Indikatoren-sammlung ist die Ausarbeitung eines *Geschlechtergleichstellungsindex*. Hier sind aber Vorbehalte sowohl bei der Auswahl der Indikatoren, fehlenden Kriterien für die Auswahl und Unstimmigkeiten aufgrund der Berechnungsart angebracht.

Zunächst fehlt es an Kriterien zur Auswahl der Indikatoren. Die Auswahl von fünf Indikatoren aus einer Anzahl von ungefähr 40, kann nicht abschliessend dadurch begründet werden, dass sich nicht alle Indikatoren gleichermassen für den Index eignen würden (vgl. S. 130). Zudem erscheinen 2 der 5 ausgewählten Indikatoren selbst als schwach. Ein hoher Anteil traditionell bürgerlicher Haushalte in Familien mit unter 7 Jahren alten Kindern, deutet nicht direkt auf mangelnde Gleichstellung hin, solange



diese Lebensform *gewählt* wird. Sie würde erst auf traditionales Verhalten hinweisen, wenn nur noch ältere oder gar keine Kinder mehr in der Familie leben. Sie sollte daher an den Kinderzahlen relativiert werden. Auch beim Frauenanteil in Gemeindeexekutiven handelt es sich um einen schwachen Indikator. Im Gegensatz zu den übrigen Karten zur Frauenvertretung in politischen Gremien lässt sich der Anteil auf Gemeindeebene kaum sinnhaft interpretieren. Im Unterschied zur Frauenvertretung in Bund und Kantonen lässt er sich jedenfalls nicht auf eine angemessene Repräsentation der Frauen reduzieren, sondern ist von vielen kleinräumlichen Verschiedenheiten geprägt und streut ausserdem so gering, dass ein Mandat mehr oder weniger den Gleichstellungsindex massiv verändert.

Im weiteren scheint mir die Berechnung des Gleichstellungsindex problematisch zu sein. Wie kommt es, dass die Darstellung beruhend auf den MS-Regionen so stark von der Kantonsdarstellung abweicht, resp. die eine Darstellung sich nicht mit der andern deckt? So verrät der Indexwert der MS-Regionen Laufental, unteres und oberes Baselbiet (Werte zwischen .41 und .50) im Vergleich zur Kantonsdarstellung (Wert < .30) mehr über die Berechnungsart des Index als über die tatsächliche Gleichstellung.

Trotz dieser vereinzelt Kritikpunkte ist es ein grosses Verdienst Elisabeth Bühlers, diesen Atlas, der im Detaillierungsgrad und in der grösstenteils geschickten Auswahl und Berechnung von Indikatoren wohl einmalig ist, auf den Buchmarkt gebracht zu haben. Es ist zu wünschen, dass dieses Werk eine grosse Verbreitung erfährt.

Das Publikationsjahr von Büchern hängt von sehr vielen Faktoren ab, die nicht alle beeinflusst werden können. Dennoch ist es schade, dass der Atlas mit Daten, die primär auf der Volkszählung 1990 basieren, erst nach der Volkszählung 2000 erscheint. Es wird sich nicht vermeiden lassen, dass die Halbwertszeit dieses Buchwissens relativ kurz ist, sofern keine Nachfolgepubli-

kation geplant ist. Als Nachschlagewerk dürfte es sich dennoch lange als Fundgrube erweisen, so dass man sich einen etwas soliden Einband und eine bessere Bindung gewünscht hätte, damit die Doppelseiten vollständig aufgeschlagen werden könnten.

*A. Doris Baumgartner  
a.d. baumgartner  
sozialforschung, zürich*

Jean-Pierre Tabin, *Les paradoxes de l'intégration. Essai sur le rôle de la non-intégration des étrangers pour l'intégration de la société nationale*, 1999, Editions EESP, Lausanne, 262 Seiten.

Jean Pierre Tabins Buch besteht aus einer knappen Einführung, drei grossen Hauptteilen und einer Konklusion. Der erste Hauptteil behandelt theoretische Fragen zur Integration. Der zweite Hauptteil stellt «Les effets du droit sur l'intégration» vor, wobei vor allem die Integration der ausländischen Bevölkerung der Schweiz innerhalb des Systems der sozialen Sicherung im Vordergrund steht. Der dritte Hauptteil behandelt «La contribution des étrangers à l'intégration nationale»; hier geht es um die Frage, ob die «Probleme» der ausländischen Bevölkerung die Integration der Schweiz bewirken. In der «conclusion» schliesslich wird ein neuartiges Integrationsmodell, die «allocation universelle», vorgestellt.

Titel und Untertitel geben die These des Buches von Jean-Pierre Tabin sehr genau wieder: Die Nichtintegration der AusländerInnen in der Schweiz habe die Funktion, die Integration der Nationalgesellschaft zu ermöglichen; Integration der einen sei somit nur durch Nichtintegration der anderen möglich – und dies eben sei das «Paradox der Integration». Während sich die These kurz und prägnant formulieren lässt, ist die ihr zugrunde liegende Argumentation voraussetzungsvoll und viel-

schichtig. Im folgenden stelle ich den Gedankengang schematisch dar, indem ich sieben verschiedene Schritte der Argumentation unterscheide. Diese Darstellungsform findet sich bei Tabin nicht, sie scheint mir aber für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Buch lohnend.

- 1 Nach Tabin ist die Integration einer Gesellschaft der komplexe und nie abgeschlossene Prozess, durch welchen die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern enger werden. Die Integration *der* Gesellschaft (*intégration de la société*) setzt voraus, dass die Integration der Individuen *in* die Gesellschaft (*intégration à la société*) stattfindet.
- 2 Für die Integration moderner Gesellschaften benötigt man gemäss Tabin eine «*solidarité organique*» im Sinne Durkheims. Einer der wichtigsten Mechanismen, um die *solidarité organique* herzustellen, sei in der heutigen Zeit das System der sozialen Sicherung (welches die Sozialversicherung und die Sozialhilfe beinhaltet). Dieses wiederum setze voraus, dass klar sei, wer zur Solidargemeinschaft gehöre und wer nicht.
- 3 Unter anderem zu diesem Zwecke unterscheide der Staat zwischen BürgerInnen und NichtbürgerInnen. BürgerInnen haben die vollen (zivilen, politischen, sozialen) Rechte; NichtbürgerInnen dagegen weisen einen gewissermassen amputierten Rechtsstatus auf. Der Staat «konstruiere» so die Klasse der AusländerInnen, die es sonst nicht gäbe.
- 4 In der Schweiz haben sich diese Eigenschaften des Nationalstaates eine ganz spezifische, das Problem verstärkende, Ausprägung erhalten. Insbesondere findet sich im *Recht*: eine ethnisch geprägte Auffassung des Bürgerrechts (Betonung des *jus sanguinis*, nicht des *jus solis*) und ein z. T. diskriminierendes Recht in Bezug auf soziale Sicherung. Es kommt, in der *Politik* hinzu: eine von offizieller Seite her ethnisch geprägte Sicht der Integrationsproblematik (man

hält kulturelle Nähe und ethnische Assimilation für eine Voraussetzung der Integration); eine instrumentalisierende Sicht der AusländerInnen (sie werden vor allem als Arbeitsmarktreservoir und möglicherweise als «Konjunkturpuffer» bei konjunkturellen Ausschlägen angesehen) sowie eine spezifische Rekrutierungsform, nämlich die Anwerbung und Einstellung eher wenig gebildeter AusländerInnen für Arbeiten mit geringem Sozialstatus. Aus *ökonomischer* Sicht schliesslich gilt nach Tabin, dass die tendenziell ausgeschlossenen AusländerInnen ironischerweise für die Integration der schweizerischen Gesellschaft überdurchschnittlich viel leisten (durch Ermöglichung des Wirtschaftswachstums und Netto-Finanzierung der sozialen Sicherung).

- 5 Diese rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Eigenheiten der Schweizer Situation haben – so Tabin – verschiedene Konsequenzen: Vor allem aufgrund der beschränkten Rechte und zusätzlich durch die strukturellen Bedingungen, welche die Schweiz den AusländerInnen gewissermassen aufzwingt, kommt es bei manchen AusländerInnen zu spezifischen Problemen: Armut, ungenügende Wohnverhältnisse, Unzufriedenheit mit den eigenen Ressourcen usw. Diese Probleme eines Teils der AusländerInnen werden von den Einheimischen wahrgenommen und in falscher Weise kausal interpretiert: Sie halten nicht etwa die strukturellen Bedingungen, in welchen die AusländerInnen sich befinden, sondern die Nationalität oder die Kultur der AusländerInnen für die Ursache dieser Probleme. Es kommt einerseits zu Angst vor diesen als «fremd» wahrgenommenen Kulturen, d. h. zu Stereotypen, Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit. Es kommt andererseits zur Ansicht, die ausländischen Individuen müssten diese fremde Kultur ablegen, sie sollten sich indi-

viduell «akkulturieren», «assimilieren» und «integrieren».

- 6 Durch diese Diskurse, welche den AusländerInnen eine andere «Kultur» und hiermit verbundene «Probleme» und «Integrationschwierigkeiten» zuschreiben, werde die Schweiz integriert. Indem man die schon arbiträr vom Staat konstruierte Gruppe der «AusländerInnen» auch noch als Personen darstellen kann, die tatsächlich «ganz anders» sind, stärke man das Gefühl für die Zusammengehörigkeit und die interne Homogenität der eigenen Gruppe.
- 7 Es liegt mithin ein Paradox vor, da die Integration der einen durch die Nichtintegration der anderen ermöglicht wird. Dieses ist nach Tabin im Rahmen des herkömmlichen Nationalstaats und der üblichen Form der sozialen Sicherung nicht zu lösen und verlangt nach radikalen Neuerungen. Eine – nach Tabins eigener Ansicht – noch utopische Lösungsmöglichkeit sei die sog. «allocation universelle», ein (sehr verkürzt formuliert) an alle Gesellschaftsmitglieder unabhängig vom Bürgerrecht ausgezahltes Mindesteinkommen.

Im folgenden möchte ich auf einige Punkte dieser Argumentationskette kritisch eingehen.

Tabin ist der Meinung, *dass vor allem das System der sozialen Sicherung die Integration der Gesellschaft leiste*. Auch wenn das System sozialer Sicherung in dieser Hinsicht ohne Zweifel wichtig ist, lässt sich doch kritisch anmerken, dass Gesellschaften sich auch in anderer Hinsicht integrieren z. B. durch die Wirtschaft, das Recht, die Politik, die Medien usw. Entsprechend wäre auch die Integration der Individuen *in* die Gesellschaft zu verkürzt gefasst, wenn man sie nur in Bezug auf die soziale Sicherung hin denken würde. Wichtig scheinen ebenfalls: die politische Integration (Wahlrecht auf allen Ebenen), sozialstrukturelle Integration (gleiche Repräsentation auf den Positionen der Sozialstruktur), medien-

spezifische Integration (proportionales Vorkommen in den Medien) usw.

Eine der wichtigsten Argumentationsfiguren des Buches lautet, *dass es die Gruppe der «AusländerInnen» nicht einfach «gibt», sondern dass sie nur «sozial konstruiert» sei*, und dass hierdurch der grösste Teil der Probleme entstehe. Der Staat unterscheidet zwischen SchweizerInnen und Nicht-SchweizerInnen. Gäbe es diese Unterscheidung nicht, so würden viele Probleme einfach wegfallen. Es gäbe keinen «hohen Ausländeranteil» mehr, der zu Xenophobie bei Teilen der Bevölkerung führt. Es gäbe nur manche Mitbürger, die anderer nationaler Herkunft wären. Es würde auch nicht mehr zur Verallgemeinerung von gewissen ausländischen Teilgruppen mit Problemen auf die gesamte Gruppe der «AusländerInnen» kommen. Der Hinweis darauf, dass die Gruppe der «AusländerInnen» sozial konstruiert ist, scheint mir sehr wichtig. Hierdurch wird sichtbar, dass die Unterscheidung nicht einfach «naturgegeben» ist, sondern von ganz spezifischen rechtlichen Bedingungen abhängt, die verändert werden können. Tabin leitet aus der «sozialen Konstruiertheit» und der hiermit einhergehenden (notwendigen) Arbitrarität der Unterscheidung eine Art generelle Illegitimität ab. Meines Erachtens würde es allerdings eher weiterführen, möglichst wertfrei zu überlegen, wie verschiedene Lösungen des Unterscheidungsproblems zu verschiedenen Folgewirkungen führen. Etwa: will man eher ein jus sanguinis oder ein jus solis; will man eher qualifizierte oder unqualifizierte Immigrierende rekrutieren – welche Folgewirkungen haben verschiedene rechtliche Arrangements? Auch scheint mir Tabin etwas zu weit zu gehen, wenn er dem Recht alle Verantwortung an den sozialen Konstruktionen der Bevölkerung gibt. Gerade in der Schweiz gilt ja, dass keinesfalls alle ausländischen Personen auch als «fremd» angesehen werden. Hier scheint also die rein rechtliche Stellung nur einer von verschiedenen Faktoren zu sein.

Ein weiterer zentraler Baustein von Tabins Argumentation lautet, dass «*Integrationsprobleme*» *grundsätzlich dem Staat, nie jedoch irgendwelchen strukturellen oder kulturellen Eigenschaften der Immigrierenden anzulasten seien*. «Le problème de l'intégration des étrangers, si problème il y a, est toujours un problème de la société d'accueil» (S. 70). Die interethnische Beziehung wird durch die «omnipotente Aufnahmegesellschaft» bestimmt. Alles, was wir an Folgewirkungen der Immigration beobachten können, ist vom Staat so gewollt: «Si la population étrangère est constituée de cette manière, c'est parce que la politique suisse des étrangers l'a voulu ainsi (...)» (S. 111). Auch wenn ich Tabin dahingehend zustimmen würde, dass die sogenannten «Integrationsprobleme» vor allem strukturell zu erklären sind, so scheint mir doch das kategorische Abstreiten nur schon der Möglichkeit von kulturellen Faktoren wie auch die Annahme eines omnipotenten Staates überzogen. Ohne Zweifel sind in vielen Fällen auch Werte, Religiosität, Bildung oder Vermögen der Immigrierenden wichtige Ressourcen, welche die individuelle Integration in der Aufnahmegesellschaft fördern oder hindern können. Ausserdem wird, wenn man von einem omnipotenten Staat ausgeht, nicht klar, warum die Schweiz solche Probleme mit ihrer «Ausländerpolitik» hat. Gerade im Migrationsbereich, sei es in Bezug auf Einwanderung, sei es in Bezug auf das Asylwesen, ist ja der Handlungsspielraum stark eingeschränkt und finden wir in extremer Weise nichtintendierte Folgen staatlichen Handelns vor.

Das ganze Buch Tabins ist von der Grundüberzeugung durchzogen, dass in der Schweiz *eine dominante Gruppe (nämlich die SchweizerInnen) eine dominierte Gruppe (die AusländerInnen) unterdrücken würden*. «Les discours sur le sujet (...) confirment la prégnance d'un modèle dominant-dominé (...)» (S. 120). Näherhin ist es vor allem die dominierende Oberschicht innerhalb der Schweizer Bevölkerung, die verantwortlich sei (S. 198). Aber wenn die Oberschicht füh-

rend ist, so sind nach Tabin doch die übrigen Schweizer Gesellschaftsmitglieder grundsätzlich mit dem Ausschluss der AusländerInnen einverstanden, denn dieser trage zur nationalen Integration bei (S. 103). In gewisser Weise muss man Tabin in seiner Einschätzung recht geben. Insofern als die Schweizer Bevölkerung allein politische Entscheidungen fällt, welche für die im gleichen Land lebenden AusländerInnen ebenfalls bindend sind und z. T. ihre Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten stark bestimmen, kann man tatsächlich von einem Dominationsverhältnis sprechen. Gewagt scheint es mir allerdings zu sagen, die herrschende Oberschicht sei Grund allen Übels – wenn doch gerade in der Schweiz die Überfremdungsinitiativen und die tendenziell xenophoben Bewegungen sehr oft «von unten», vom (sogenannten) «Volk», von den politischen Rändern, gekommen ist.

Tabin ist der Meinung – und das ist eines seiner Hauptargumente –, *dass die Schweizer Gesellschaft sich integriert, indem sie sich von AusländerInnen unterscheidet, diesen bestimmte Probleme unterstellt und auf deren fremde Kultur zurechnet. Dies führe zu Xenophobie und integriere die Gesellschaft*. Auch wenn wir es hier mit einem zentralen Baustein der Theorie Tabins zu tun haben, wird der entsprechende Mechanismus fast nicht beschrieben. Gegen die Annahme eines solchen Mechanismus lassen sich denn auch zwei wichtige Kritikpunkte vorbringen: *Zum einen* ist die Argumentationsfigur Tabins eine kaum haltbare Form von Funktionalismus. Dinge können nicht auf einer gesellschaftlichen Ebene erklärt werden, indem man ihnen pauschal eine «Funktion» zuschreibt. Vielmehr muss man, auf ganz konkreter Ebene zeigen, welchen Akteuren eine bestimmte Struktur nützt und weshalb sie die Struktur daher vor Veränderung schützen bzw. ausbauen. Dies könnte man im vorliegenden Fall zwar tun, aber Tabin beschränkt sich mit der sehr allgemeinen Funktionsangabe. Sobald man aber genauer klären würde, welche Gruppen vom Status quo wirklich profitieren bzw. inwieweit

die Verhältnisse nichtintendiert entstanden sind, könnte man auch nicht mehr einfach so pauschal von einer «dominanten Gruppe» sprechen. Träfe es, *zum anderen*, wirklich zu, dass die Stereotypisierung und rechtliche Ausschliessung von AusländerInnen die Schweizer Bevölkerung auf einer ideologischen Ebene integrieren würde, also einen «nationalen Zusammenhalt» schaffen würde, so müssten wir bei allen SchweizerInnen ähnliche Vorstellungen bezüglich der eigenen Kultur und der eigenen Unterschiedlichkeit gegenüber den «Fremden» finden. Dies trifft aber keineswegs zu. Kaum eine andere Frage teilt die Schweizer Bevölkerung so sehr. Und gerade diejenigen, welche am «fremdenfeindlichsten» sind, bestreiten übrigens die «Probleme der AusländerInnen». Es wäre daher richtiger zu sagen, dass die Frage nach der Integration der ausländischen Bevölkerung die schweizerische Bevölkerung nicht integriert, sondern *desintegriert*.

Der m. E. stärkste, umfangreichste und wohl auch wichtigste Teil des Buches beschreibt die *ingeschränkte rechtliche Stellung der AusländerInnen im System der sozialen Sicherung*. Beispielsweise wird äusserst genau gezeigt, ob und inwiefern ausländische Personen in der AHV, IV, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung usw. benachteiligt sind und welche Folgen dies für die betreffenden Personen haben kann. Es wird dargelegt, inwiefern internationale Konventionen und bilaterale Verträge mit anderen Staaten für die jeweiligen rechtlichen Ausgestaltungen wichtig sind. Und es wird erklärt, warum bestimmte Gruppen faktisch mehr von der sozialen Sicherung profitieren bzw. profitieren müssen als andere (beispielsweise ist bemerkenswert, dass ausländische Personen überdurchschnittlich häufig die Unfallversicherung in Anspruch nehmen *müssen* – einfach weil sie häufiger in risikobelasteten Berufen arbeiten. Diese Abschnitte sind gut belegt und häufig auch mit historischen Rückblicken verbunden, so dass man die rechtliche Entwicklung in diesen Bereichen nachvollziehen kann.

Mit «Les paradoxes de l'intégration» legt Jean-Pierre Tabin ein sehr engagiertes und interessantes Buch vor. Die Gesamtthese scheint mir zwar in einzelnen Teilen, jedoch nicht in ihrer Gesamtheit haltbar. Der Teil über das Ausländerrecht und die soziale Sicherung ist sehr zu empfehlen. Auch wenn in dieser Besprechung der Anteil der kritischen Bemerkungen überwiegt, habe ich das Buch doch mit Gewinn gelesen und für die Reflexion meiner eigenen Position als anregend erfahren. In diesem Sinne kann ich es zur Lektüre weiterempfehlen.

Dr. Jörg Stolz  
Soziologisches Institut  
der Universität Zürich  
E-mail [stolz@soziologie.unizh.ch](mailto:stolz@soziologie.unizh.ch)

David Courpasson, *L'action contrainte. Organisations libérales et domination*, Presses Universitaires de France, collection « Sciences sociales et société », Paris 2000, 320 pages.

L'ouvrage de David Courpasson a pour objet de construire une théorie sociologique et politique du gouvernement des personnes dans la moyenne et grande entreprise. Il détonne dans le paysage francophone, toujours marqué par la grande réconciliation au début des années 80, en France tout particulièrement, des citoyens avec l'Entreprise. Un très nombre de sociologues avaient commencé alors à se mettre à disposition des organisations dans le double souci de montrer leur efficacité tout en s'efforçant de rendre celles-ci plus humaines. Avec comme conséquence une charge critique affaiblie. Au contraire, Courpasson emprunte une posture résolument critique, ou, pour reprendre ses propres termes, « réaliste-critique ». Il met sans détour le modèle libéral d'organisation devant les contradictions qui le caractérisent, en pointant

notamment trois évolutions majeures des quinze dernières années sous forme de paradoxes : d'un côté, les discours vantant la diversité, la compétence et la décentralisation, et de l'autre, les réalités de terrain que sont, respectivement, la conformité, le règne des réputations et la culpabilité. Plus encore, l'auteur montre comment les modalités de gestion s'inscrivent dans une logique qui contraint l'individu à l'obéissance et à la conformation à des principes d'ordre et d'action sous contrôle.

Les approches sociologiques de l'organisation sont largement marquées, dans la sphère de langage francophone, par la voie tracée par Michel Crozier à partir de son ouvrage classique basé sur des enquêtes de terrain, *Le phénomène bureaucratique* (1963). Rappelons que cet auteur s'est toujours efforcé de se tenir à bonne distance des approches managériales, jugées trop rationalistes, comme des approches sociologiques structuralo-marxistes, jugées trop déterministes. En effet, les premières mettent uniquement l'accent sur l'effectivité des outils de gestion dans le couple comportement-performances, tandis que les secondes s'inscrivent dans une analyse structurelle des rapports de classes supposés faire système. Avant de revenir sur l'approche crozérienne, insistons sur le fait que penser la domination dans le domaine de la sociologie des organisations, en contexte libéral de surcroît, n'est pas chose aisée. Notons d'ailleurs que l'un des tenants les plus en vue de ce type d'approches, Stewart Clegg, a abandonné la perspective enchâssée dans son ouvrage *Power, Rules and Domination* (1975), considérant aujourd'hui, à travers la notion de « circuits de pouvoir », la domination comme opérant dans une intégration de système relativement ALÉATOIRE. Remettre à l'ordre du jour ce thème on ne peut plus marginal dans le champ des recherches francophones, par le biais d'une analyse structurelle, est précisément l'enjeu premier de l'ouvrage de David Courpasson.

Dans ce dessein, notre auteur développe une sociologie de la contrainte en lieu et place d'une sociologie de l'autonomie. C'est le deuxième enjeu. Courpasson s'oppose de fait à l'approche de Michel Crozier dont l'ouvrage théorique *L'acteur et le système* (Seuil 1977) écrit avec Erhard Friedberg a sans doute contribué à l'évacuation du thème de la domination. Rappelons que ces auteurs, postulant des individus psychologisés, définissent la notion de pouvoir en termes relationnels et non pas substantiels, ce qui leur permet de prétendre à l'autonomie et la liberté des personnes supposées contrôler des « zones d'incertitude ». Pointons d'emblée trois points qui éloignent Courpasson de Crozier et Friedberg. D'abord, contre ces auteurs qui ont été dans les années 70 jusqu'à prétendre que la bureaucratie était une forme organisationnelle vouée à la disparition pure et simple, il estime que jamais les grandes entreprises n'ont été autant dominées par la règle que de nos jours. Ensuite, il pense que depuis plus d'une décennie la notion de zones d'incertitude ne peut plus être considérée comme une ressource, les individus la réinvestissant plutôt dans le sens de « menaces ». Enfin, contre l'approche néo-rationaliste de Crozier et Friedberg, Courpasson est intéressé par la question du sens, de la subjectivité des personnes, autrement dit, par leur capacité à s'approprier les règles, les contextes et les contraintes. Crozier et Friedberg sont loin d'être les seuls auteurs critiqués par Courpasson.

L'apport de Crozier a ouvert la porte à toute une série de recherches sociologiques dans la veine entrepreneuriale, toutes reprenant, peu ou prou, l'idée de la capacité d'émancipation des individus permise par les organisations modernes. Parmi les auteurs liés à ces recherches, mentionnons : Renaud Sainsaulieu, Daniel Segrestin, Philippe Bernoux – que l'on range sous la bannière d'approche institutionnelle – ou encore Claude Dubar et Jean-Daniel Reynaud. David Courpasson se porte particulièrement en faux contre l'attrance des premiers pour

l'idée de culture qui leur permet d'évacuer la question du conflit au profit de celle de l'accord, et les empêche de penser l'entreprise comme une structure politique. Sans compter le risque de « parer les gouvernants de la souveraineté dont ils manquent, au nom d'une responsabilité sociétale mal définie ». Il se démarque de Dubar et de Reynaud en sortant volontairement de la tentation micro-sociologique consistant à analyser les organisations à partir des seules relations liées au travail. Courpasson soutient que « le management libéral relève d'une logique de domination plus que d'une logique d'émancipation ». Et il défend l'idée que la forme bureaucratique vouée naguère aux gémonies est on ne peut plus vivante aujourd'hui. Selon lui, en effet, jamais les grandes entreprises n'ont été aussi bureaucratisées, aussi dominées par la règle que de nos jours. Les processus de rationalisations servent à illustrer les tendances de plus en plus fortes dans les organisations contemporaines à la concentration du pouvoir et au management par la menace : autrement dit, au despotisme, classiquement défini comme l'« exercice concentré de la puissance, dans un espace où les actions sont guidées par la crainte, la peur et la menace. »

Pour bâtir une sociologie de la contrainte, David Courpasson s'appuie d'une part sur une lecture de classiques de la sociologie et de grands auteurs de la théorie des organisations, et d'autre part sur des cas pratiques de transformations qu'il a lui-même analysées. Entre deux, il propose un cadre d'analyse qui signale un troisième enjeu : montrer que la prise en compte de la domination est compatible avec une sociologie capable de rendre compte de l'action.

Côté lectures, Courpasson renvoie d'abord à des théoriciens classiques de la théorie des organisations (Taylor, Bendix, Barnard, Simon, Perrow) pour mettre en évidence que malgré leurs différences, ils prônent tous l'idée de la supériorité de l'organisation sur l'individu, et défendent une conception de la décentralisation ou

de l'autonomie sous l'emprise d'un contrôle central. Autrement dit, pour ces auteurs qui enchâssent l'idée de domination à leur compréhension des organisations, la meilleure forme de pilotage d'une firme, c'est le pilotage du centre avec une forme de décentralisation très maîtrisée. Notre auteur oppose alors le réalisme de ces auteurs à la posture « humaniste-naïve » caractérisant la position des auteurs francophones discutés qui n'arrivent pas à se résoudre à l'idée que l'organisation est peut-être d'abord et avant tout une structure politique de domination. Courpasson effectue alors une relecture des classiques de la sociologie (Durkheim, Weber, Parsons, Aron) pour mieux défendre l'idée que les contraintes sont produites intentionnellement dans l'optique d'un gouvernement centralisé, contrairement au point de vue de Crozier et Friedberg pour qui lesdites contraintes sont produites par les acteurs eux-mêmes pour structurer leurs jeux de négociation de pouvoir ; ou celui de Reynaud pour qui les contraintes sont des ressources permettant d'entamer l'action collective. Ces lectures faites, l'auteur propose le cadre d'analyse affirmant sa perspective.

À côté de celle de domination dont l'entreprise est le projet, sont ainsi mises en évidence les notions de puissance – plutôt que pouvoir, afin de mieux marquer l'usage de la menace –, de contrainte – qui permet de réintroduire le thème de la légitimité – et d'autonomie – dans la mesure où la domination s'accompagne systématiquement de l'action des dominés dont elle a besoin. S'ensuivent comme autant d'illustrations à l'appui de sa thèse deux études empiriques, l'une montrant à travers la transformation du système bancaire une domination dure, et l'autre à travers l'usage de la compétence et de la gestion de projet, une domination plus douce.

La première étude renvoie d'abord au passage du métier traditionnel basé sur le territoire à une compétence technique axée sur les produits et la segmentation des clientèles. L'auteur montre tout particulière-

ment que l'interchangeabilité, la professionnalité, la performance et le détachement affectif sont les quatre pierres angulaires de la modernisation de la relation commerciale. Il soutient aussi que la segmentation peut s'analyser comme la forme aboutie de l'instrumentation d'une contrainte de légitimation fondée sur l'anonymation et l'abstraction maximale de la relation commerciale. Une contrainte pré-construite, s'imposant aux individus sans qu'ils l'intériorisent. Après moult détails, Courpasson conclut finalement que la modernisation bancaire de ces quinze dernières années éloigne la banque du libéralisme organisationnel. La deuxième étude renvoie ensuite aux deux formes innovantes que sont la logique projet et la logique compétence, analysées par l'auteur comme deux nouvelles stratégies organisationnelles de recherche d'obéissance.

Ces cas pratiques permettent d'introduire la notion d'instrumentation de gestion. David Courpasson ne se cantonne pas, en effet, aux seules approches sociologiques qui appréhendent une organisation essentiellement à travers son système humain. Il prend en compte également les approches gestionnaires des chercheurs des centres de gestion d'écoles d'ingénieur françaises qui appréhendent les organisations à travers leurs outils de gestion. Hétérodoxes, les dits chercheurs ne s'intéressent pas uniquement à l'effectivité des dits outils, mais interrogent aussi le sens de leur usage. L'ouvrage dirigé par Jean-Claude Moisdon, *Du mode d'existence des outils de gestion* (Seli Arslan, 1998) est un exemple de cette approche. Cependant, contrairement à eux pour qui ces outillages ont pour principal objet de structurer l'action collective, Courpasson considère qu'ils servent avant tout à objectiver les menaces.

L'ouvrage de Courpasson vise à construire une théorie sociologique et politique du gouvernement des personnes dans la moyenne et grande entreprise. Un de ses avantages revient à offrir une lecture rigoureuse de la littérature francophone relative

aux organisations, en montrant les limites d'approches variées. Deux controverses fondamentales se dégagent. La première se situe, pour reprendre les termes de l'auteur, « dans l'espace laissé ou non à l'action une fois acceptée l'idée d'un projet politique de domination au sein des organisations. » Les positions sont irréconciliables entre les auteurs relus et Courpasson qui oppose aux notions d'identité, d'accords, de conventions, traduction, réseaux, etc., celles de contrainte, d'autorité de contrôle et d'obéissance. Le recours aux analyses de Weber ou de Tocqueville, notamment, lui permet de montrer, contre Crozier – car l'ouvrage est aussi, il faut le dire, le face à face d'un jeune sociologue un sociologue depuis avec longtemps confirmé – qu'il convient de laisser une place à la notion de légitimité pour ôter à la domination et à la contrainte leur caractère arbitraire. Dès lors, le point d'orgue devient la théorisation de l'autonomie de l'acteur, c'est-à-dire sa responsabilité, quand bien même elle est réduite à l'acceptation. Sauvagement dit, même si agir dans les organisations libérales contemporaines revient souvent à obéir ! Autonomie on ne peut plus contrainte, en effet.

L'autre controverse réside, en amont, dans la part accordée à l'intentionnalité. Priver l'acteur d'intention, comme le fait notamment Friedberg, c'est faire le choix d'une version apolitique de l'action, prévient Courpasson. Pour lui, le gouvernant, loin d'être un acteur contraint par d'autres acteurs, est une personne dotée d'intentions, et la menace est un moyen d'arriver à ses fins. Pour lui, dans la vie organisationnelle, on a affaire à des gens lucides, pragmatiques, qui réfléchissent et qui prévoient un certain nombre de tendances. L'auteur s'écarte donc clairement ici des approches actionnistes, mais également déconstructionnistes. Ce faisant, le caractère intentionnel de l'action des gouvernants est sans doute l'un des points les plus critiques de l'analyse structurale de Courpasson. Cette notion était plus évidente dans les schémas structuralo-marxistes, tel, par exemple, celui du premier



Clegg auquel on faisait allusion plus haut... Et, pour tout dire, si l'on peut reprocher à son livre quelque chose, c'est le caractère par trop déterministe, voire mécaniciste qu'il donne de la contrainte. Courpasson est sans doute proche d'un auteur comme Dubet qui dans *Sociologie de l'expérience* (1994) s'efforce de faire confiance à l'acteur tout en acceptant qu'il fait partie d'un système qui peut le dominer et contraindre fortement sa rationalité. Ou d'un auteur comme Danilo Martucelli qui dans *Domination ordinaires* (2000) propose une nouvelle grammaire pour penser la domination dans un contexte où les rapports de classes ne font plus système ; ce dernier, enchâsse toutefois la version de contrainte intériorisée. Le caractère despotique des organisations

incite à moins d'optimisme, et c'est pourquoi sans doute David Courpasson présente un tableau noir, lucide des rapports humains qui ont lieu en leur sein.

Signalons, finalement, un enjeu implicite de *L'action contrainte* : l'engagement du sociologue des organisations et du management. Pour Courpasson, il consiste à « comprendre pourquoi les systèmes de gouvernement des entreprises managériales sont ce qu'ils sont, et comment les personnes y vivent ou survivent » (dans *Sociologie du travail*, 1999, 41, 295–305).

*Alain Max Guénette*  
*Hautes Études Commerciales*  
*Université de Lausanne.*  
*E-Mail: guenette@bluewin.ch*